

Abg. Kahlhauer (Mitt.): Der Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg bedarf genauer Prüfung hinsichtlich Wahrung der preussischen Interessen und derjenigen der Stadt Wilhelmshaven, der bei dieser Gelegenheit die längst dringendste Gebietsvergrößerung verhandelt werden sollte. Abg. Waldhain (Vorjahr, Wpt.): Wie sehr die Notwendigkeit der neuen Linie Altona-Neumünster nicht ein der vorliegende Ausbau der alten Linie nach Dänemark würde ausreichen, um allen Verkehrsbedürfnissen zu genügen. Aber die alte hiesige Etappe ist für ausreichend halt, ist damit den Anforderungen des Fernverkehrs eine Waffe in die Hand. Die Interessen Glindeburgs, Himmelförds und der ganzen Gegend zwischen Neumünster und Altona werden in einer Weise berührt, daß man fast von einer Expropriation sprechen kann; die Ausschaltung des Hauptbahnhofs Altona bedeutet fast eine Ausschaltung der ganzen Stadt, die wegen ihrer Lage zu Hamburg besonders unterliegt werden müßte. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den alten Wunsch nach einer Linie Schleswig-Eckernförde in Erinnerung bringen.

Abg. Müller v. Breitenhof: Die neue Linie Altona-Neumünster wird Fracht- und Personalarbeitsfähigkeiten herbeiführen, die großenteils der Provinz zugute kommen werden. Die Stadt Altona wird in keiner Weise geschädigt werden. Ohne die neue Linie würde der Bau der Linie nach Ditholstein außerordentlich verzögert werden.

Abg. v. Borsig (Jahrgang 1890) wurde vor, den nach demselben 90 Rednern zu Spezialfragen nur zehn Minuten Redezeit zu geben.

Abg. Adolf Hoffmann (Soc.) und Dr. Wiemer (Vorjahr, Wpt.) widersprechen dem Vorschlag. Abg. v. Borsig erklärte, daß Haus morgen darüber entscheiden lassen zu wollen.

Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluß 5 Uhr.

Deutscher Wahlsieg

bei der Reichstagswahlwahl im Wahlkreis Marienwerder 5.

Schwes (Weichsel), 21. April.

Bei der durch die Mandatsübertragung des Abg. v. Sale m (Schwes) im Wahlkreis Marienwerder 5 gewonnenen Reichstagswahlwahl wurden bis 10 Uhr abends für v. Sale m (Weichsel) 8490 für v. Sale m (Sawarski) (Kole) 7282 und für den sozialdemokratischen Kandidaten 107 Stimmen abgegeben.

Alle Deutschen der Gegend werden Genugtuung empfinden, daß der politische Sturm wieder einmal abgeklungen ist und daß der Wahlerfolg erloschen wurde in einer Zeit, in der die Welle des Völkertums an Stärke zunimmt.

Deutsches Reich.

Eine Rede des deutschen Vizekonsuls in London.

Der deutsche Vizekonsul Herr v. Dänowitsch war gestern abend der Gast des Lordmayors von Liverpool. Der Vizekonsul sagte in seiner Rede:

„Sie alle sind von dem Gedanken der Solidarität des Handels erfüllt und von dem Glauben an die gemeinsamen Interessen und die gemeinsame Willens des Handels in der ganzen Welt und von der gegenseitigen finanziellen Abhängigkeit aller großen Handelszentren von einander. Man müßte er weiter aus, man müßte die großen Verantwortlichkeiten der Regierungen in Betracht ziehen, und sollte unter den verschiedenen Verhältnissen mit denen über die Folgen der Währungsnot allzuviel Zeit verlieren; man läßt besser, die um unbegrenzt wachsenden Möglichkeiten des Handels zu betonen. Man dürfe auch die internationale Neutralität nicht vergessen. Der Vizekonsul sprach die Hoffnung aus, daß die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen englischen und deutschen Schiffahrtslinien zu einem alle befriedigenden Abschluß führen würden. Als Beispiel für den großen Vorteil internationalen Zusammenarbeitens erwähnte der Herr die Konferenz über die Sicherheit im Seeverkehr, die kürzlich in London gelang hat. Er schloß seine Rede mit dem Wunsch, daß die beiden Länder, die Baumwolleproduktion in ihren Kolonien zu fördern und der gleichzeitigen Politik Englands und Deutschlands, ihre Kolonien für den internationalen Handel offen zu halten.“

Bismarck und die Freisinnigen.

Die Breslauer Verbände und Korporationen waren vom Schicksal Bismarck zum Besonderen einer Vorrede über die gemeinsame Feste von Bismarcks 100. Geburtstag einladen worden. Der Wahlverein der Fortschrittlichen Volkspartei war jedoch dieser Vorrede ferngeblieben und hat sich nicht erschienen durch folgendes Schreiben zu „bedürfen“ bedürft.

„Wir müßten glauben, den Anschauungen, die wir in der Politik vertreten zu müssen meinen, nicht minder aber dem Ansinnen des Herrn Bismarck zuzustimmen, wenn wir uns an einer Feste beteiligen wollten, die nach der Natur der Sache und der Person der Veranstalter notwendigerweise die Anschauungen zur Geltung bringen muß, welche Bismarck nun einmal verkörpert und vertreten zu müssen glaubt.“

Und so etwas glaubt sich noch nationaler Freisinn nennen zu dürfen!

Parlamentarische Annäherung.

Zu der Mitteilung, daß die Regierung in der Dualen Angelegenheit dem Reichstage Ende April eine Denkschrift zugehen lassen werde, bemerkt der sozialdemokratische Abgeordnete Wels in „Vorwärts“:

„Es kann keine Rede davon sein, daß die Doppelkommission des Reichstages die Resolution einer bloßen Denkschrift über in der betreffenden Angelegenheit erhobenen Forderungen erfüllt hat. Das Protokoll der Sitzung vom 18. März weist aus, daß von mir das Verlangen um Vorlegung des gesamten Reichswegs zum gemeinsamen Gutachten und dem Parlament zurück bis zum Jahre 1900, in der Druckschrift erhoben wurde.“

Hierzu bemerkt die „Kreuzzeitung“:

„Das Parlament wird sich hoffentlich nicht daran setzen, ob Herr Wels mit der Vorlegung der Denkschrift zufrieden ist, oder auf der Vorlegung des Reichswegs zum gemeinsamen Gutachten und dem Parlament zurück bis zum Jahre 1900, in der Druckschrift erhoben wurde.“

Kleiner politische Nachrichten.

* Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg bleibt noch einige Tage in Rom. Er reist nach Berlin zurück, wo er voraussichtlich am 27. d. M. eintreffen wird.

* Ein neues Herrenhausmitglied. Bei der Präsentationswahl zum Herrenhaus des Verbandes des alten und des befristeten Grundbesitzes in Landwirtschaftsbezirk Masuren ist, wie die „Allgemeine Zeitung“ meldet, an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesizers Rogalla von Bieberstein Hr. v. Schen auf Lautenburg auf Döben gewählt worden.

* Hohe Auszeichnung. Wie die „Kreuzzeitung“ meldet, hat der Kaiser an den General der Infanterie v. Beszogny ein Telegramm gerichtet, in dem daran erinnert wird, daß sich der General vor fünfzig Jahren als junger Hauptmann bei der Erlangung der Duppeler Ehrenden Orden pour le mérite erworben habe, und ihm mitgeteilt wird, daß ihm die goldene Krone zum Orden pour le mérite mit Eisenlauf verliehen worden sei.

* Der Großherzog von Baden hat dem Staatssekretär des Reichsdachwerks, Kühn, das Großkreuz des Ordens vom Jahningern Könen verliehen.

* Zur Neubesehung des Breslauer Bischofsstuhls. Die „Schles. Volksztg.“ erklärt authentisch, daß die Meldung eines Berliner Blattes über die Rufe der Kandidaten zum Breslauer Bischofsstuhl sowie die Angaben über das Testament des Kardinals Stopp falsch seien. Die Rufe entsprechen zum allergrößten Teil nicht den Tatsachen.

* Das Eisenbahnministerium hat dem Abgeordnetenhaus, das Abgeordnetenhaus hat gestern seine Arbeiten mit der ersten Beratung des Eisenbahnleihegesetzes wieder aufgenommen.

* Die Vernehmungen wegen Verleumdung der Bamberger Postbeamten? Wie verlautet, soll die Staatsanwaltschaft gegen den Major a. D. Schäfer in Bamberg und gegen den Verleger sowie den verantwortlichen Schriftleiter des „Bamberger Anzeigers“ das Offizial-Magistratverfahren wegen Verleumdung der Postbeamten von Bamberg eingeleitet haben.

* Die Vernehmungen von Bamberger Postbeamten. Bekanntlich war gegen vier im Bamberger Postbezirk beschäftigte Postinspektoren das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entzerrung aus dem Amte eingeleitet worden. Wie die „Schles. Volksztg.“ berichtet, sind nunmehr gegen mehrere Postbeamten wegen ihrer dienstliche Verhaltensweisen und der Annahme von Geschenken von Privatpersonen im Zusammenhang mit der amtlichen Tätigkeit empfindliche Geldstrafen verhängt worden. Gleichwohl ist die Verlegung im Interesse des Dienstes nicht aufgegeben. Ferner ist eine größere Zahl von Kriminal-Untersuchungen, die sich in ähnlicher Weise als Disziplinärverfahren, in Berücksichtigung gemeinsamer Umstände mit den Disziplinarischen Verleumdungen verbunden sind, eingeleitet worden. Die Verleumdungen gegen die vier Postinspektoren nimmt nunmehr seinen Fortgang, nachdem die gerichtliche Voruntersuchung damit beendet hat, daß sie außer Verfolgung gesetzt worden sind. Neben dieser die Vernehmung betreffende Schritte der Verleumdung einzelner Postbeamten durch eine Reihe von Reformmaßnahmen auf dem Gebiete der Aufsicht und des Geschäftsbetriebes Vorzüge dahin getroffen, daß in Zukunft ähnliche Verleumdungen möglichst ausgeschlossen bleiben.

Die Paris-Reise des englischen Königspaares.

Der König und die Königin von England sind gestern um 8 Uhr 45 Minuten nach Paris abgereist. Bei prachtvollem Wetter erliefen die englische Königspaare gegen 12 Uhr mittags auf der Heide von Calais. Der König und die Königin standen auf dem Hinterdeck des Schiffes und wurden von der Bevölkerung mit Schreien begrüßt.

Unter dem Schutze der französischen Kriegsschiffe begaben sich der König und die Königin an Land. Die Truppen bildeten Schalter, und eine zahlreiche Volksmenge, an der Spitze die englische Kolonie, begrüßte das Herrscherpaar mit sich immer erneuernden Schreien. Um 12 Uhr 20 Minuten verließ der Zug mit den königlichen Gästen den Bahnhof. Der König und die Königin trafen um 4 Uhr 35 Minuten in Paris ein und sind von einer großen Menge sehr herzlich begrüßt worden. Das hohe Paar wurde am Bahnhof vom Präsidenten der Republik und Frau Pomarcé sowie von den hohen Würdenträgern der Republik empfangen. Während die Militärkapelle der Garde Republik nachdem die englische und die französische Symphonie, erdröhnte, demnächst.

Der König und die Königin blieben für nur 5 Uhr im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten getroffen, auf dem ganzen Wege von der Bevölkerung herzlich begrüßt. Um 5 1/2 Uhr begab sich das hohe Paar in das Elisee, wo es 20 Minuten beim Präsidenten und Frau Pomarcé blieb. Sodann kehrte es wieder in das Ministerium des Äußeren zurück. Der König und die Königin erklärten, daß der ihnen von der Pariser Bevölkerung bereitere Empfang tiefen Eindruck auf sie gemacht habe.

Der König von England empfing heute abend 6 1/2 Uhr im Ministerium des Äußeren die diplomatische Korps, dessen Mitglieder dem König durch den englischen Vizekonsul vorgestellt wurden. Der König wechselte mit jedem der Herren sehr herzliche Worte. Der Empfang dauerte bis 7 Uhr 10 Minuten.

* „Westminster Gazette“ schreibt:

„Wir glauben nicht, daß es im Interesse Frankreichs läge, die traditionelle Freiheit Englands durch die Verpfändung zu binden, unter Umständen, die nicht vorherzusehen sind, durch auf einer anderen Welt zu handeln. England ist ein guter Freund. Sein Einfluß in Europa ist um so mächtiger, je mehr man weiß, daß es Herr seiner eigenen Politik ist. Die größte Seemannsflotte, die nicht ignoriert werden, und der größte Handel, den sie führen, werden und nachher erweisen kann, ist es, sie wissen zu lassen, daß Englands Einfluß und seine Macht gebrauch werden würden, um jedem Angriff und jeder aggressiven Politik Widerstand zu leisten. England hat Verpflichtungen, die seine europäischen Nachbarn nicht haben. Die Notwendigkeit, maximale Lebenserhaltung zu sein, eine entzerrte geringere Militärmacht zu sein. Die Notwendigkeit, sein überreiches Reich zu erhalten, verbindet es, seine Macht für kontinentale Zwecke in Europa zu verpfänden. Die Entzerrung ist ein Schritt, der die Notwendigkeit, maximale Lebenserhaltung zu sein, eine entzerrte geringere Militärmacht zu sein, die Entzerrung ist eine der großen europäischen Tatsachen, deren Stärke in fortgesetzter Kooperation und Harmonie beider Regierungen liegen wird.“

Der Zwist zwischen Amerika und Mexiko.

Der Senat der Union, der die Beratung über die Politik des Präsidenten begann, vertagte sich nachts ohne Abstimmung bis Mittag infolge des Widerstandes gegen die Abschaffung einer Entschädigung, wie sie vom Repräsentantenhaus angenommen worden war, in der die Kläne Wilsons

begünstigt Mexiko begünstigt werden. Einbruch wurde erhoben gegen die Heraushebung Guertas, und der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten stimmte eine neue Entschädigung zu, in der dem Präsidenten weitgehende Vollmacht erteilt wird, mit Mexiko zu verfahren, wie es die in der Vorklage des Präsidenten dargelegte Lage erfordert.

Nach einem Telegramm aus Esperanza in Mexiko hat am Montag der amerikanische Konsul die anderen Konsuln

dabei in Kenntnis gesetzt, daß er die Anweisung erhalten habe, für die Angehörigen aller Nationalitäten so weit wie möglich Sorge zu tragen.

Die von dem Komitee für auswärtige Angelegenheiten angenommene Entschädigung, die der Senat befragt, befragt: Zum Einleit auf die von dem Präsidenten in seiner Vorklage an den Kongreß dargelegten Ursachen über gewisse Verleumdungen und die schimpfliche Behandlung der Vereinigten Staaten von Seiten Mexikos müßte man bezeichnen, daß der Präsident befragt ist, die befragte Macht in Anspruch zu nehmen, um die Forderung auf unzeitige Verlegung für die den Vereinigten Staaten angetanen Verleumdungen durchzuführen. Ferner müßte erklärt werden, daß die Vereinigten Staaten jede Feindschaft gegen das mexikanische Volk führen zu wollen, in Abrede stellen.“

Die der Politik Wilsons freundlich gesinnten Senatoren stimmten nach einer Beratung mit dem Kriegssekretär, dem Generalpostmeister und Wilsons Sekretär den in der neuen Entschädigung enthaltenen Änderungen zu.

Verleumdung mexikanischer Kriegsveterane.

In Regierungskreisen wird die Meldung bestätigt, daß die Militärbehörde, große Mengen für Guerta bestimmte Munition zu beschlagnahmen, die sich auf neutralen Schiffen auf dem Transport nach Veracruz befinden. Die Parteiführer im Kongreß sind benachrichtigt worden, daß der Plan bestehe, die Munition nach Ausladung im Golfhäufe zu Veracruz zu beschlagnahmen. Es verlautet, daß Präsident Wilson die Verleumdung auch dann anordnen werde, wenn sich die Annahme der Resolution im Senat verzögern sollte. Admiral Fletcher ist angewiesen worden, das Rollhaus in Veracruz zu belehen. Der Befehl an Admiral Fletcher hat seine Frist für die Belegung des Rollhauses in Veracruz festgelegt. Es soll seinem Ermessen überlassen bleiben, wann die Belegung des Rollhauses geschehen soll, um die Belegung des Rollhauses zu beschleunigen. Mehrere Millionen Schuß Munition, die sich an Bord fremder Dampfer befinden, erhalte.

Staatssekretär Bryan hatte die fremden Vizekonsuln und Gesandten für heute nachmittag zu einer Besprechung gebeten, in der er mit ihnen den Status etwaiger Kriegsveterane erklärte, die in Veracruz konfiszirt werden würden, und die sich daraus ergebende zollrechtliche Lage erörterte. Bryan erklärte ferner, daß er aus Veracruz keine Nachrichten befinde.

Guertas Erklärung.

Präsident Guerta hat eine Erklärung erlassen. Guerta teilt darin den Ausländern einschließlich Nordamerikanern, welche in Mexiko bleiben wollen, Sicherheit. Er wolle die Gelegenheit benutzen, der Welt zu zeigen, daß seine Regierung und Mexiko gestützt und stabilisiert sind. Er wünscht ferner, den nordamerikanischen Volk klar zu machen, daß nach dem Bericht des Verleumdungsbüros in Tampico das nordamerikanische Boot, welches dort verhaftet, und dessen Mannschaft von einem mexikanischen Offizier festgenommen wurde, keine Flagge führte. Er, Guerta, fürchte, daß Präsident Wilson über diesen Punkt falsch informiert sei, und den nordamerikanischen Kongreß informiert habe, daß das Boot eine Flagge geführt hätte. Tatsächlich habe die nordamerikanische Flagge nichts mit dem Streitfall zu tun, und Guerta wünsche, daß das nordamerikanische Volk dies vollständig begreife. Aus Vercht ist ist eine besondere Rede von zwölf Vizekonsuln am Montag abend in die amerikanische Gesandtschaft geleitet worden.

Der amerikanische Geschäftsträger in Mexiko O'Shaughnessy hat im Auftrag des Staatsdepartaments die Mitglieder des diplomatischen Korps in der Stadt Mexiko geeten, ihre Staatsangehörigen zum Verlassen des Landes anzuhalten.

Ausland.

Ueber das Verinden des Kaisers von Oesterreich

wird von privater Seite mitgeteilt:

„Es ist kaum zu erwarten, daß die Verleumdung des Kaisers gegen Sonntag und sogar noch gegen morgen ist. Der Monarch geht schon von einem Schreckismerge zu anderen. Er empfing heute die Kunde des Grabes des Franz Seldner und der Bergung der Marie Verleite und erwiderte: Die Verleumdungen gehen voranschreitend auf vor. Die Stimmung in Schönbrunn ist nicht nur beim Monarchen, sondern auch in der engeren Umgebung des Kaisers die beste.“

Die Wiener Abendblätter melden übereinstimmend, daß die merkwürdige Befragung im Verinden des Kaisers den ganzen gestrigen Tag über in überhöchtem Maße angefallen habe.

Die epirotische Frage im albanischen Ministerrat.

Der Herr hat einen Ministerrat zusammenberufen, um über die allgemeine Lage zu berichten und die epirotische Frage zu erörtern. Es wurden die allgemeinen Maßnahmen für eine eventuelle militärische Aktion in Epirus festgelegt. Gestern vormittag fand alsbald ein Ministerrat statt, an dem auch Essad teilnahm. Es wurde beschlossen, 20.000 Mann unter die Fahnen zu berufen. Der Unterrichtsminister Zurtali hat seine Entlassung angeboten, die aber noch nicht angenommen worden ist.

Zwei Demenien

Die Nachricht, daß 1000 Mann von der internationalen Besatzung Sutarits unter dem Befehl eines deutschen Majors des Montenegro entzerrt worden seien, wird hier als unzutreffend bezeichnet. Tatsache sei, daß die Montenegroer das ihnen durch die Vizekonsulnkonferenz zugewiesene Gebiet der Gudi und Gruda besetzt hätten. Man befürchte in internationalen Kreisen von Sutori, die Bewegung unter diesen Umständen werde auf den zu Albanien gehörenden Stamm Sutori übergehen. Um die Sutori zu beruhigen, habe sich Oberst Wilhly in das Grenzgebiet begeben, nachdem kürzlich zu gleichem Zweck schon zwei holländische Offiziere dorthin abgegangen seien.

Die auswärts verbreitete Nachricht, daß in Korfu tausend bewaffnete Araber bereitstünden, nach

